

TITEL / Kindersoldaten

In 85 Ländern üben schon die Kleinen mit dem Gewehr

von Michael Zielasko

Dem Geschäft mit dem Tod müsse ein Riegel vorgeschoben werden, fordert Dr. Dietrich Garlichs, Geschäftsführer des deutschen Komitees des United Nations Children's Emergency Fund (UNICEF). Vor der ersten Kleinwaffenkonferenz im Juli am New Yorker Stammsitz der Vereinten Nationen (UN) appelliert das deutsche UN-Kinderhilfswerk an die deutsche Bundesregierung, sich dort "entschieden für eine schärfere Kontrolle des Waffenmarktes einzusetzen". Auf einer gemeinsamen Konferenz mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin unter dem Titel "Kleinwaffen - tödliche Weltplage" sprach sich UNICEF-Deutschland zudem für eine wirksamere Regulierung der Produktion und des Handels mit Waffen und eine verbesserte Überwachung privater Waffenhändler aus. Ausrangierte Waffen der Bundeswehr sollten nicht verkauft, sondern verschrottet werden.

In Krisengebieten wie der Balkanregion, Teilen Afrikas oder Mittel- und Südamerikas seien Kleinwaffen oft für einen Schnäppchenpreis zu haben. "In Uganda kostet ein AK-47-Gewehr so viel wie ein Huhn, in Angola so viel wie ein Sack Mais - etwa 15 amerikanische Dollar." Skrupellose Händler, berichtet UNICEF, verkauften die todbringenden Waffen von einem Krisengebiet ins nächste. "Wir dürfen nicht zusehen, wie Jahr für Jahr Hunderttausende Menschen durch Kleinwaffen sterben", mahnt Dr. Garlichs.

Erschreckende Bilanz

So harmlos der Begriff "Kleinwaffen" auch klingen mag, mit Camping-Messern oder Schreckschuss-Pistolen haben sie nichts zu tun. Die weltweit größtenteils akzeptierte Liste des "UN Panel of Governmental Experts on Small Arms" nennt folgende "Kleinwaffen": Revolver, automatische Pistolen, Gewehre und Karabiner, Maschinenpistolen, Sturmgewehre und leichte Maschinengewehre. Gemeinsam ist ihnen allen, dass sie problemlos zu transportieren und zu verstecken, einfach zu bedienen, zu warten und lange einsatzfähig sind. 90 Prozent aller Kriegsoffer sterben durch den Einsatz dieser "tödlichen Weltplage". Den größten Anteil der Getöteten stellen Frauen und Kinder dar. Nach Schätzungen von UNICEF sind allein in den letzten zehn Jahren zwei Millionen Mädchen und Jungen im Krieg umgekommen. Die meisten seien durch den Einsatz von Sturmgewehren wie dem russischen Kalaschnikow-Gewehr AK-47, dem deutschen Gewehr G-3 oder anderen Gewehren und Maschinenpistolen aus Belgien, den USA und weiteren Staaten, die Waffen heute in Lizenz produzieren, gestorben. Etwa dreimal so viele Kinder wurden zusätzlich durch Schüsse verletzt. Über 500 Millionen Kleinwaffen sollen laut UNICEF weltweit im Umlauf sein.

Junge Krieger

Mehr als eine halbe Million Kinder seien von Regierungstruppen, Paramilitärs, Zivilmilizen und einer großen Anzahl verschiedener nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen in mehr als 85 Ländern rekrutiert worden, schätzt die "Internationale Coalition zum Stop des Einsatzes von Kindersoldaten" in ihrem jüngst erschienenen ersten Weltbericht. Rund 300.000 dieser Kinder seien in 41 Ländern an Kampfhandlungen aktiv beteiligt. Die Deutsche Koordination Kindersoldaten, in der

acht namhafte Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen zusammenarbeiten, unterstützt die Arbeit der Internationalen Coalition.

Grundsätzlich habe sich zwar die Situation - mit einigen Ausnahmen - in Lateinamerika, auf dem Balkan, im Nahen Osten und Nordafrika verbessert, doch seien nun "neue Generationen von Kindern im Afrika südlich der Sahara, in Teilen Asiens und des pazifischen Raums gefährdet". Die Kinderschutzorganisationen haben beobachtet, dass der Einsatz von Kindersoldaten nicht auf die Entwicklungsländer beschränkt ist. Kritisiert werden die britische und die US-Armee, die ähnlich wie Myanmar (das frühere Birma, Anm. d. Red.), Sudan oder Afghanistan unter 18-jährige in Kampfeinsätze entsenden. Begründet wird diese Praxis der beiden Industrieländer durch zu bewältigende personelle Engpässe. Nach Angaben der Coalition haben beide Länder ihre Anstrengungen zur Anwerbung von jungen Rekruten verstärkt. Großbritannien habe Jugendliche ab dem 16. Lebensjahr rekrutiert und schicke 17-jährige routinemäßig in Kampfeinsätze. Die USA hätten unter 18-jährige im Golfkrieg, in Somalia und auf dem Balkan eingesetzt. "Die weite Verbreitung und leichte Erhältlichkeit moderner Kleinwaffen hat dazu beigetragen, dass es immer mehr Kindersoldaten gibt. Durch sie können selbst kleinere Kinder im Kampf zu effektiven Killern werden", warnt Andreas Rister, der Sprecher der deutschen Koordination Kindersoldaten. "Ohne kinderleicht zu bedienende Waffen wäre dies nicht möglich", ergänzt das UN-Kinderhilfswerk. UNICEF-Botschafter Sir Peter Ustinov: "Früher brauchte man Panzer und Kanonen, um ein Land zu verwüsten, heute genügen Kinder und Kalaschnikows."

Andreas Rister: "Selbst wenn nur einige wenige Kinder als Soldaten an einem Konflikt teilnehmen, geraten alle Kinder der Gemeinschaft - gleich ob Zivilisten oder Kombattanten - unter Verdacht", und schildert einen Fall aus Kolumbien, bei dem die Armee einen Schulausflug in der Provinz Antioquia mit einer Guerillagruppe verwechselte. Sechs Kinder waren getötet, sechs weitere schwer verletzt worden.

Seit dem letzten Juni haben 80 Länder einen neuen Vertrag über das Verbot des Einsatzes von Kindern als Soldaten unterzeichnet. Ratifiziert haben ihn erst fünf Staaten. Das am 25. Mai 2000 von der UN-Generalversammlung verabschiedete Zusatzprotokoll über die Beteiligung von Kindern in bewaffneten Konflikten zur UN-Kinderrechtskonvention verbietet die Teilnahme von Kindern unter 18 Jahren an Feindseligkeiten und fordert alle Staaten auf, das Mindestalter für militärische Rekrutierungen anzuheben. Rister: "In den vergangenen Jahren verzichteten immer mehr Regierungen auf die Rekrutierung von Kindern unter 18 Jahren zum Militär. Sogar einige der bewaffneten Gruppen haben sich inzwischen diesem Prinzip verpflichtet." Der Sprecher der Deutschen Koordination Kindersoldaten sieht aber noch einen weiten Weg zu einer Welt, "in der kein Kind mehr Soldat sein muss". Er fordert alle Regierungen der Welt auf, das Zusatzprotokoll sofort zu ratifizieren und in ihren Ländern zu verwirklichen. Auch die Bundesregierung solle die Ratifizierung endlich auf den Weg bringen und sich zur Altersgrenze 18 Jahre sowohl für Wehrpflichtige wie auch bei der Anwerbung von Freiwilligen bekennen. Mit Einwilligung der Eltern könnten sich schon 17-jährige bei der Bundeswehr bewerben.

Rister setzt auch auf die Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofes von Den Haag. Vor dieser 1998 in Rom von der UN beschlossenen juristischen Instanz wird die Rekrutierung unter 15-jähriger für militärische Zwecke als Kriegsverbrechen verhandelt werden. Wann dieses Gericht seine Arbeit aufnehmen wird, steht

allerdings noch in den Sternen. Deutschland, so Rister, habe bereits ratifiziert, auch andere EU-Länder wären dabei. Er hofft, dass von der Entschlossenheit der EU-Partner positive Signale an die anderen Nationen ausgehen.

Alltag durch Waffen geprägt

Als besonders drastisches Beispiel für die "Folgen der Kleinwaffenflut" nennt auch UNICEF Kolumbien. In keinem anderen Land würden so viele Menschen durch Waffengewalt sterben. Das Kinderhilfswerk verweist auf eine von UNICEF und Partnerorganisationen in Auftrag gegebene Studie, die belege, dass neben der Bilanz von bisher 130.000 Toten durch die "politische Gewalt" jährlich mindestens 20.000 Kolumbianer durch kriminelle Akte ums Leben kommen - in den meisten Fällen durch Revolver, Pistolen oder automatische Gewehre. Nach der Studie waren zwischen 1998 und 1999 sogar 30 Prozent aller Opfer durch Schusswaffen zwischen 15 und 24 Jahre alt. "Jedes Jahr werden rund 1000 Straßenkinder umgebracht, etwa 14.000 Kinder werden von den Kampfeinheiten im Land als Soldaten missbraucht." Die Gewalt sei für viele Kinder zum "way of life" geworden.

Geschehnisse der jüngeren Vergangenheit bestätigen UNICEFs düstere Schilderung der Lage in dem südamerikanischen Land. Wie die Nachrichtenagentur AFP aus der kolumbianischen Hauptstadt Bogota berichtete, ist Anfang April der bekannte Gewerkschafter Ricardo Orozoco in der Nähe der Stadt Baranquilla erschossen worden. Der 45-jährige Vize-Chef der Gewerkschaft der Krankenhausbeschäftigten habe auf einer von Ultrarechten geführten Todesliste mit den Namen von 50 Gewerkschaftern der Region gestanden. Seit 1987 seien mehr als 3000 Gewerkschafter ermordet worden, hieß es aus Gewerkschaftskreisen. Die kolumbianischen Behörden teilten mit, dass bei Gefechten zwischen linksgerichteten Guerilla und ultrarechten Paramilitärs in den ersten Tagen des April mindestens 50 Menschen ums Leben gekommen seien.

Wachweicher Kompromiss erwartet

Waren die letzten Abrüstungskonferenzen und -debatten vor allem auf die Bedrohung durch Atomwaffen und anderes hoch technologisierte Kriegsgerät wie biologische und chemische Kampfmittel ausgerichtet, so wollen sich die Vereinten Nationen in der ersten Abrüstungskonferenz seit 1987 zur Mitte des Jahres dem Kampf gegen die Kleinwaffen widmen. Es könnte eine der Anti-Landminen-Kampagne vergleichbare Aktion herauskommen, doch halten nur große Optimisten dieses Ergebnis für möglich. Wahrscheinlich sei, berichtete die Süddeutsche Zeitung am 30. März 2001, dass eher ein wachweicher Kompromiss drohe. Zitiert wurde der Abrüstungsexperte der Bundesregierung, Klaus Neubert. Er sei besonders vom "hohen Maß an Indifferenz in der dritten Welt" enttäuscht. Zu übermächtig sei der Wille vieler Länder, ihre Armeen und Polizeien hochzurüsten. Einige Regierungschefs seien selbst in den Waffenhandel verstrickt. Auch die großen Waffen-Export-Nationen wollen sich nicht in die Karten schauen lassen. Die USA verweigern, ihre Rüstungsexporte offen zu legen. Weiterhin sollen auch Rebellen mit Kleinwaffen amerikanischer Produktion beliefert werden. China lehnt eine Kennzeichnungspflicht für Kleinwaffen ab. Während es bei größeren Waffensystemen wie Panzern oder Kampfflugzeugen möglich ist, Fertigungszahlen, Angaben zum Bestand und vor allem die Lieferströme exakt zu ermitteln, kann beim Handel mit Kleinwaffen kaum nachgewiesen werden, wer ein gegen ein Land verhängtes Embargo gebrochen hat.

Keine "waffenlose" Gesellschaft

Eine waffenlose Gesellschaft will UNICEF nicht. In einem Gespräch mit der Zeitschrift Forum Waffenrecht (FWR) sagte der Pressesprecher von UNICEF-Deutschland, Rudi Tarneden: "Es geht uns vor allem um die Millionen Sturmgewehre, Maschinenpistolen und leichte Maschinengewehre, die in den Krisengebieten und konfliktgeladenen Ländern der Welt das Leben der Zivilbevölkerung und vor allem der Kinder und Jugendlichen bedrohen. Vor diesem Hintergrund zielen unsere Forderungen zum einen auf die stärkere Kontrolle und Transparenz des Waffenmarktes." Hinsichtlich der Ergebnisse der im Juli stattfindenden UNKonferenz wolle man eine stärkere Kontrolle illegaler Waffengeschäfte.

Der legale Handel, sagte Tarneden, zum Beispiel zur Ausrüstung von Polizei und Ordnungskräften, müsse auf ein vertretbares Maß reduziert werden. Gegenüber DEUTSCHE POLIZEI erläuterte er: "Es gibt ein legitimes Bedürfnis von Staaten, sich zu ihrer Verteidigung und zur Wahrung der inneren Sicherheit mit Kleinwaffen auszustatten. Es ist schwer zu beurteilen, wie viele Waffen für diese Zwecke notwendig sind. Wir beobachten jedoch, dass gerade in vielen Krisenregionen Staaten große Waffenmengen anhäufen, die zur Erfüllung der Verteidigungs- und Sicherheitsaufgaben nicht erforderlich sind. Wenn die Waffen unsicher gelagert werden und staatliche Strukturen fragil sind, ist die Gefahr groß, dass sie in falsche Hände geraten. In Albanien etwa stürmten während bürgerkriegsähnlicher Unruhen 1997 Zivilisten Kasernen und Polizeistationen und plünderten die Waffendepots. Mehr als 500.000 Waffen wurden gestohlen. Es ist davon auszugehen, dass viele dieser Waffen während des Krieges in der Region eingesetzt wurden und bis heute eine destabilisierende Wirkung entfalten. In vielen Regionen der Welt verschwinden Millionen Kleinwaffen, die zunächst legal an Regierungen verkauft wurden, in illegalen Kanälen.

Selbst wenn Regierungen die Waffen an lizenzierte Waffenhändler verkaufen, ist nicht auszuschließen, dass sie später in die Hände von Kriminellen geraten oder in Kriegsgebieten wieder auftauchen, wo sie zur Eskalation der Gewalt beitragen. Deswegen haben wir auch an die Bundesregierung appelliert, dass Kleinwaffen, die im Zuge der Bundeswehrreform ausrangiert werden, verschrottet werden sollen, anstatt sie zu verkaufen. Nach Angaben des Verteidigungsministeriums werden etwa 400.000 G 3-Gewehre und 50.000 weitere Kleinwaffen innerhalb der nächsten drei Jahre ausrangiert."

Neue Rüstungsexportrichtlinien

Das Waffenrecht, so Tarneden zu FWR, müsse nicht verschärft, aber die deutschen Rüstungsexportrichtlinien umgesetzt und mehr Kooperation und konkrete Mechanismen bei der Bekämpfung illegaler Waffenströme geschaffen werden. Im Januar 2000 hatte das Bundeskabinett die neuen Rüstungsexportrichtlinien beschlossen. Besteht der hinreichende Verdacht, dass Waffen zur Unterdrückung der Bevölkerung oder zu fortdauernden, systematischen Menschenrechtsverletzungen missbraucht werden könnten, darf eine Ausfuhr in das Empfängerland nicht genehmigt werden. Offizielle Berichte von Menschenrechtsorganisationen über die Zustände im Empfängerland fließen in die Beurteilung mit ein. Vor dem Export soll neben der Prüfung, ob das Empfängerland bereits in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt ist oder solche drohen, ermittelt werden, ob die Entwicklung des Landes durch überproportional hohe

Rüstungsausgaben gehemmt ist. Nach erfolgter Ausfuhr bestätigt der Empfänger mit einem amtlichen Dokument den Verbleib der Waffen. Plant das Empfängerland die Weitergabe der Waffen, darf dies nur mit einer schriftlichen Erlaubnis der deutschen Bundesregierung geschehen. Länder, die unerlaubt Waffen weitergeben, werden von zukünftigen Lieferungen ausgeschlossen. Schließlich soll dem Deutschen Bundestag jährlich der Rüstungsexportbericht vorgelegt werden, der die Umsetzung der Richtlinien dokumentieren soll und die erteilten Exportgenehmigungen aufführt.

Waffen als Hausrat

Auf die Frage, ob Waffen sicherer bei so genannten "zuverlässigen Privatpersonen" oder, wie möglicherweise von UNICEF angestrebt, in "öffentlichen Zeughäusern" gelagert werden könnten, antwortete der UNICEF-Pressesprecher: "Die Standards der Lagerung von Waffen bei Privatpersonen oder in staatlicher Obhut sind sehr unterschiedlich. In Ländern wie Angola, dem Kongo, Teilen des Sudan, Somalia oder Südafrika gehören Kleinwaffen vielfach zum ‚Hausrat‘ - ohne dass sie fachgemäß gesichert und aufbewahrt würden." In Russland, den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und anderen osteuropäischen Ländern würden immer wieder Waffen von Armeeingehörigen verkauft. Die Grenze zwischen "legal" und "illegal" zerfließe dort.

(aus DEUTSCHE POLIZEI 7/2001)